

Auf den ersten Blick steht Deutschland im Klimaschutz glänzend da: seit 1990 sind die Emissionen der sechs im Kioto-Protokoll erfassten Treibhausgase um über 18% gesunken und das bindende Ziel einer Verringerung um 21% scheint greifbar nahe. Es handelt sich hierbei jedoch immer noch um den langen Schatten der Wiedervereinigung, der in Ostdeutschland zu einer enormen Verbesserung der Energieeffizienz geführt hat. Dieser Effekt geht bald zu Ende und die westdeutschen Emissionstrends, vor allem im Verkehr und Haushaltssektor, lassen Skepsis aufkommen. Die mit der Liberalisierung des Strommarktes verbundene Preissenkungswelle reduziert die Stromsparanreize und führt zu einer rasanten Stilllegung hoch-effizienter Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen. Das Flaggschiff der deutschen Klimapolitik – die erfolgreiche Subventionierung erneuerbarer Energien, mit der die deutsche Windkraftleistung die Weltspitze erreichte – könnte demnächst auf Grund laufen, da die EU-Kommission eine zeitliche Begrenzung derartiger Subventionen fordert. Die Ökosteuern sind in der bisherigen Form kein sinnvolles klimapolitisches Instrument, da sie nur auf den Energieverbrauch abzielt und die größten Energieverbraucher freigestellt sind.

Während Großbritannien, die Niederlande und auch Frankreich in den letzten Monaten weitreichende Pläne zur Eindämmung der Treibhausgasemissionen vorgelegt haben, geht dem einstmaligen Vorreiter Deutschland inzwischen die Puste aus. Bezeichnend ist das Datum der Vorlage des deutschen Klimaschutzprogramms mitten im Sommerloch. Eigentlich hätte es schon im Frühjahr präsentiert werden sollen, aber die beteiligten Ministerien verzettelten sich in Streitigkeiten, die auch jetzt noch nicht bereinigt sind. Die wesentlichen Maßnahmen stehen unter Finanzierungsvorbehalt und Minister Eichel war nicht bereit, Zusagen zu geben. Auch das Bau- und Verkehrsmini-



Axel Michaelowa

Klimaschutzprogramm: viel heiße Luft

sterium erwies sich als Bremser, obwohl von dem vorgeschlagenen 5 bis 8 Mrd. DM-Altbausanierungsprogramm in Verbindung mit einer Energieeinsparverordnung kräftige Impulse für die Bauindustrie ausgehen würden.

Maßnahmen im Verkehrssektor sind derzeit politisch schwer zu verkaufen, wie die intensive Debatte der letzten Monate um Benzinpreise und Ökosteuern zeigt. Die zahlreichen Vorschläge im Programm sind grüne Ladenhüter. Wie beispielsweise eine „allgemeine Schulung zu einer energiesparenderen Fahrweise“ eine CO₂-Minderung um 5 Mill. Tonnen erreichen soll, ist mir schleierhaft, solange nicht hohe Benzinpreise den Druck aufs Gaspedal weniger attraktiv machen.

Bezeichnend sind die Lücken im Programm. Eine Umgestaltung der Ökosteuern wird nicht vorgenommen; es gibt diesbezüglich nur vage Absichtserklärungen. Dasselbe gilt für die Selbstverpflichtung der Industrie, die nicht verschärft wurde. Dies steht im massivem Gegensatz zu Großbritannien und Frankreich, die beide aus der Erfahrung des letzten Jahrzehnts das Fazit gezogen haben, dass sich Selbstverpflichtungen als klimapolitisches Instrument nicht eignen. Die Niederlande setzen zwar weiterhin auf Selbstverpflichtungen, definie-

ren aber einen äußerst strengen Effizienzstandard als Basis.

Das Kapitel über flexible Instrumente wurde erst in letzter Minute eingefügt und ist völlig unverbindlich. In Großbritannien und Frankreich erfolgen dagegen schon Detailverhandlungen zwischen Wirtschafts- und Regierungsvertretern über die Ausgestaltung nationaler Emissionsrechtshandelssysteme. Die Niederlande kaufen bereits Emissionsrechte in Osteuropa an. Dagegen bot Bundeskanzler Schröder bei seinem Staatsbesuch in China seinen Gastgebern ein Projekt zum Löschen von brennenden Kohleflözen ohne jede klimapolitische Komponente an. Ein derartiges Projekt hätte ideal in den Rahmen des „Clean Development Mechanism“ gepasst und eine Menge Emissionsrechte für Deutschland bringen können. Immerhin haben nun die deutschen Grünen die Zeichen der Zeit erkannt und sprechen sich für ein Emissionsrechtshandelsexperiment in Deutschland aus.

Auch die Auswirkungen des Atomausstiegs werden im Klimaschutzprogramm unter den Teppich gekehrt. Zwar ist der Ausstieg in der ersten Verpflichtungsperiode (2008-2012) des Kioto-Protokolls noch kaum wirksam, wird aber in den Folgeperioden zu erheblichen Problemen führen.

Ein beschleunigter Abbau der Kohlesubventionen, der weitere kostengünstige Verringerungspotenziale durch den Umstieg auf Erdgas freisetzen könnte, ist nicht geplant. Ebenso wird die Landwirtschaft völlig ausgeklammert, obwohl dort zahlreiche kostengünstige Verringerungsmöglichkeiten existieren. Ähnliches gilt für die extrem langlebigen fluorierten Gase.

Fazit: Deutschland schwimmen im Klimaschutz die Felle davon. Auch das neue Programm entwickelt keine effiziente gesamtwirtschaftliche Strategie und lässt die Chancen der flexiblen Mechanismen links liegen. Die rituelle Beschwörung der Emissionsziele reicht nicht aus, um ein glaubwürdiger klimapolitischer Vorreiter zu sein.